

Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus
Silke Sommers	Bocholt
Winfried Sperlbaum	Borken
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Gerhard Temminghoff	Vreden
Richard Temminghoff	Raesfeld
Heinz-Josef Tönnies	Heiden
Bernhard Völkering	Gronau
Clemens Voß	Schöppingen
Heinrich Weddeling	Südlohn
Gertrud Welper	Vreden
Ursula Zurhausen	Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Grothues
Wilfried Kersting
Burkhard Venhues
Kirsten Tenspolde

Es fehlen entschuldigt:

Karlheinz Busen	Gronau
Heidi Buskase	Gronau
Gerhard Ludwig	Borken
Hans Theo Peschkes	Bocholt
Martin Schmitz	Gescher
Bernd Schöning	Stadtlohn
Gabriele Wahle	Ahaus
Friedhelm Weikamp	Rhede
Holger Weiß	Bocholt

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Die neuen Kreistagsabgeordneten Sven Gabbe und Anne König werden durch Landrat Gerd Wiesmann auf folgende Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung informieren Landrat Gerd Wiesmann und Herr Norbert Nießing als Obmann des Güteausschusses über den Erwerb des Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“.

Landrat Gerd Wiesmann stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt 10 „Besetzung der vakanten vierten Stelle des schulpsychologischen Dienstes“ und im nichtöffentlichen Teil um den Punkt 14 „Vergabe eines Auftrages zur Aktualisierung des Firewall-Systems und Anpassung der IT-Sicherheitsumgebung“ gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag zu erweitern.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, Herr Jürgen Tenter, Rees, habe mit Schreiben vom 23.03.2007 zwei Fragen zur Einwohnerfragestunde eingereicht. Da Herr Tenter nicht Einwohner des Kreises Borken sei, könnten diese Fragen in der Einwohnerfragestunde nicht behandelt werden.

Punkt 2: Fortsetzung der kaufmännischen und technischen Geschäftsbesorgung für das Abwasserwerk der Stadt Gescher Vorlage: 0042/2007

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp antwortet auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Kisfeld und Steiner, in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sei geregelt, dass die Stadt Gescher an den Kreis Borken eine Entschädigung auf der Grundlage des anteiligen Personalaufwandes zuzüglich der Mehrwertsteuer zahlen müsse. Die EGW rechne diese separat ab, so dass sie sich nicht auf die Abfallgebühren auswirke.

Kreistagsabgeordneter Kisfeld teilt mit, die UWG-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, da ihr die tatsächliche Geschäftsabwicklung nicht hinreichend transparent erscheine.

Beschluss: einstimmig
6 Enthaltungen

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Gescher und dem Kreis Borken über die Fortsetzung der kaufmännischen und technischen Geschäftsbesorgung für das Abwasserwerk der Stadt Gescher wird zugestimmt.

Punkt 3: Ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen
Vorlage: 0014/2007

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Die ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen im Kreis Borken vom 17.11.1995 wird aufgehoben.

Punkt 4: Bericht zum Frauenförderplan (FFP) für die Periode 2004 - 2006 und Fortschreibung des FFP für die Jahre 2007 - 2009
Vorlage: 0039/2007

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreistagsabgeordnete Kerkhoff betont, in der Kreisverwaltung seien gute Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen worden. Beispielhaft seien hier die Teilzeitbesetzbarkeit von Stellen und die Einrichtung eines „Notfallbüros“ zu nennen. Die vorgesehene Berichtspflicht der Facheinheiten zur Umsetzung des Frauenförderplanes und die Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten bei der Einführung von leistungsbezogenen Gehaltsbestandteilen nach dem TVöD bewerte sie ebenfalls positiv.

Die Kreistagsabgeordneten Dannenbaum, Röhrmann und Saatkamp ergänzen, die Entwicklung in der Kreisverwaltung sei grundsätzlich positiv zu bewerten, jedoch sei der Anteil der weiblichen Beschäftigten in den Führungspositionen noch zu niedrig.

Landrat Gerd Wiesmann entgegnet, seit Verabschiedung des Frauenförderplanes sei die Zahl der Frauen in Führungspositionen gestiegen. Er informiert darüber, dass Frau Mechtild Schulze Hessing in Kürze die neue Leiterin des Fachdienstes 10 – Organisation und Personal – werde.

Beschluss: einstimmig

Der Bericht zum abgelaufenen Frauenförderplan 2004 – 2006 wird zur Kenntnis genommen. Der Frauenförderplan für die Jahre 2007 – 2009 einschließlich seiner Anlagen wird gem. § 5a LGG beschlossen.

Punkt 5: Maßnahmen zum Klimaschutz im Kreis Borken
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 16.02.2007
Vorlage: 0040/2007

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper

Kreistagsabgeordnete Welper führt aus, der Bericht des Weltklimarats IPCC habe deutlich gemacht, dass der Klimawandel Realität sei. Inzwischen werde auf nationaler und internationaler Ebene über Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels diskutiert. Auch der Kreis Borken solle Maßnahmen entwickeln, um die Reduktion von Treibhausgasen voranzutreiben.

Kreistagsabgeordneter Tönnes teilt mit, die CDU-Fraktion beantrage, den Beschluss wie folgt zu fassen:

„Der Kreis Borken stellt sich der Tatsache des globalen Klimawandels. Der Kreistag bittet die Verwaltung,

- 1. darzulegen, welche Maßnahmen der Kreis bereits jetzt zur Reduktion der Treibhausgase eingeleitet hat,*
- 2. Vorschläge zu erarbeiten, durch welche weiteren Maßnahmen des Kreises Treibhausgase, die für den Klimawandel verantwortlich sind, reduziert werden können.“*

Kreistagsabgeordneter Eisele führt aus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne diesem geänderten Antrag vorbehaltlos zustimmen, da er aus seiner Sicht noch über den eigenen Antrag hinausgehe. Er sehe einen grundsätzlichen Konsens zwischen allen Fraktionen bei der Einschätzung des Klimawandels.

Landrat Gerd Wiesmann lässt über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreis Borken stellt sich der Tatsache des globalen Klimawandels. Der Kreistag bittet die Verwaltung

1. darzulegen, welche Maßnahmen der Kreis bereits jetzt zur Reduktion der Treibhausgase eingeleitet hat,
2. Vorschläge zu erarbeiten, durch welche weiteren Maßnahmen des Kreises Treibhausgase, die für den Klimawandel verantwortlich sind, reduziert werden können.

Damit ist der Antrag angenommen. Daher ist eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN nicht mehr erforderlich.

**Punkt 6: Resolution zur Reform des Sparkassengesetzes und der Gemeindeordnung
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2007
Vorlage: 0051/2007**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreistagsabgeordneter Schmitz, Rudolf, führt zum Antrag der SPD-Fraktion aus, er halte den Zeitpunkt für eine Resolution zur Reform des Sparkassengesetzes für verfrüht. Zunächst müsse ein konkreter Gesetzentwurf vorliegen. Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen werde den Bestand kommunaler Betriebe nicht in Frage stellen; von einem Arbeitsplatzverlust könne keine Rede sein. Insbesondere mit Blick auf kleinere und mittlere Handwerksbetriebe müssten die Betätigungsfelder der öffentlichen Betriebe stärker umrissen sein.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin ergänzt, er lehne eine generelle Kritik an den beabsichtigten Änderungen der Kreis- und Gemeindeordnung sowie des Kommunalwahlgesetzes ab, da es bei diesen Änderungen auch viele sinnvolle Ansätze gebe.

Kreistagsabgeordneter Voß betont, zwar spreche Einiges für die Verlängerung der Wahldauer der Hauptgemeindebeamten, diese sollte dann aber auf acht Jahre ausgedehnt werden. Die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen werde in der Öffentlichkeit nahezu einmütig abgelehnt.

Kreistagsabgeordneter Eisele merkt an, die Bestandsschutzgarantie für öffentliche Unternehmen schränke gleichzeitig die weitere unternehmerische Entwicklung ein. Nur noch den Status Quo erhalten zu dürfen, sei ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und werde nach seiner Ansicht durchaus zu Arbeitsplatzverlusten führen. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, um sich gegen die geplanten Gesetzesänderungen zu positionieren. Wenn sich der Gesetzentwurf erst verfestigt habe, sei es dafür zu spät.

Kreistagsabgeordneter Steiner entgegnet, die Diskussion über die Sinnhaftigkeit der gesetzlichen Vorhaben müsse im Landtag geführt werden.

Beschluss: 17 Ja-Stimmen
32 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

1. Der Kreistag Borken lehnt die beabsichtigte Änderung der Kreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes und die damit einhergehende Verlängerung der Wahldauer für Landräte auf 6 Jahre ab.
2. Der Kreistag Borken lehnt die im Rahmen der Reform der Gemeindeordnung vorgesehene Änderung des § 107 ab.
3. Der Kreistag Borken spricht sich für den Erhalt kommunal und regional verankerter Sparkassen in öffentlich rechtlicher Trägerschaft aus. Eine von der Landesregierung angestrebte Änderung des Sparkassengesetzes, die u. a. eine Privatisierung bzw. Teilprivatisierung und eine Einschränkung des Gemeinnützigkeitsauftrages der Sparkassen vorsieht, wird vom Kreistag Borken abgelehnt.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 7: Einrichtung eines offenen Ganztagsbetriebes an der Brüder-Grimm-Schule - Förderschule für sprachliche Entwicklung - des Kreises Borken in Gescher
Vorlage: 0033/2007

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt zur Anfrage der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn aus der Sitzung des Kreisausschusses am 22.03.2007 aus, in den Elternbeiträgen für den offenen Ganztagsbetrieb seien die Aufwendungen für das Mittagessen nicht enthalten. Für das Mittagessen werde ein Beitrag von etwa 2,50 € erhoben. Eltern, die Sozialhilfe nach dem SGB XII erhielten, müssten diesen Beitrag nicht zahlen.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Eisele antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, von den Schulen in Trägerschaft des Kreises Borken habe bislang ausschließlich die Neumühlenschule einen Ganztagsbetrieb.

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreis Borken richtet mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 den Offenen Ganztagsbetrieb in der Brüder-Grimm-Schule Gescher für 2 Gruppen ein.
2. Neubau eines Gebäudes für eine Nutzung als Offene Ganztagschule auf dem Areal der alten Hausmeisterwohnung der Brüder-Grimm-Schule.

Punkt 8: Verlagerung des Schulstandortes der Hans-Christian-Andersen-Schule (Nebenstelle Gronau) von der Stadt Gronau in die Stadt Ahaus und Errichtung eines Ersatzgebäudes auf einem Gelände neben dem BOZ in Ahaus
Vorlage: 0023/2007

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

1. Der Schulstandort der Hans-Christian-Andersen-Schule (Nebenstelle Gronau) wird von der Stadt Gronau in die Stadt Ahaus verlagert.
2. Das Ersatzgebäude wird auf einem Gelände neben dem BOZ in Ahaus errichtet.

Punkt 9: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien

Punkt 9.1: Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2007
Vorlage: 0043/2007

Punkt 9.2: Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 19.03.2007
Vorlage: 0048/2007/1

Punkt 9.3 : Antrag der UWG-Fraktion vom 08.03.2007
Vorlage: 0056/2007

Punkt 9.4 : Antrag der UWG-Fraktion vom 28.03.2007
Vorlage: 0062/2007

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die in der Kreisausschuss-Sitzung am 22.03.2007 ergänzten Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie den als Tischvorlage nachgereichten Antrag der UWG-Fraktion vom 28.03.2007 hin. Er stellt Einvernehmen fest, über alle Umsetzungsanträge zusammen abzustimmen.

Beschluss: einstimmig

Den folgenden Umbesetzungen wird zugestimmt:

Für Frau Bernadette Aehling erfolgen folgende Umbesetzungen:

Rechnungsprüfungsausschuss	ordentliches Mitglied	Anne König
Ausschuss für Umweltschutz	stellv. Mitglied	Bernadette Aehling (als sachk. Bürgerin)
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung	ordentliches Mitglied	Stefan Hegering
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit	stellv. Mitglied	Anne König
Jugendhilfeausschuss	stellv. Mitglied	Anne König
Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsreform	ordentliches Mitglied	Josef Tönnnes

Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken - Kuratorium	stellv. Mitglied	Gertrud Söbbing
Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann	ordentliches Mitglied	Anne König
Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe – Kreisstellenbeirat	ordentliches Mitglied	Magdalene Garvert
Euregio-Mitgliederversammlung	gewähltes Mitglied	Anne König

Für Gerhard Gleis-Preister erfolgen folgende Neubesetzungen:

Ausschuss für Sicherheit und Ordnung	ordentliches Mitglied	Sven Gabbe
Rechnungsprüfungsausschuss	stellv. Mitglied	Sven Gabbe

Weitere Änderungen:

Ausschuss für Verkehr und Bauwesen	ordentliches Mitglied	Bernd Schlipfing
Ausschuss für Verkehr und Bauwesen	stellv. Mitglied	Holger Weiß

Ausschuss für Verkehr und Bauwesen:

Manfred Epping wird Stellvertreter. Neues ordentliches Mitglied ist Dietmar Eisele.

Interfraktionelle AG ÖPNV:

Manfred Epping wird Stellvertreter. Neues ordentliches Mitglied ist Dietmar Eisele.

Interfraktionelle AG Verwaltungsreform:

Dietmar Eisele scheidet aus. Neues ordentliches Mitglied ist Manfred Epping.

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit:

Dietmar Eisele scheidet aus. Neues ordentliches Mitglied ist Gertrud Welper.

2. Stellvertreter Josef Klump scheidet aus. Neuer Stellvertreter ist Gerd Welper.

Kommunale Gesundheitskonferenz:

Dietmar Eisele scheidet aus. Neues ordentliches Mitglied ist Gertrud Welper.

2. Stellvertreter Josef Klump scheidet aus. Neuer Stellvertreter ist Gerd Welper.

SGB Beirat:

Dietmar Eisele wird Stellvertreter. Neues ordentliches Mitglied ist Gertrud Welper.

Umbesetzungen im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit (UWG-Fraktion):

Ordentliches Mitglied:

Josef Leinen, Frieterhof 26, 48712 Gescher

Stellvertreter:

Walter Arends, Gerdingseite 28, 48599 Gronau

Gerda-Marie Möller, Buchenstr. 19, 48734 Reken

Umbesetzungen im Ausschuss für Umweltschutz (UWG-Fraktion):

Ordentliches Mitglied:

Martin Dirking, Nordvelener Str. 136, 46342 Velen

Erste Stellvertretung:

Johannes Vering, Lohausen Esch 34, 46359 Heiden

Punkt 10: Besetzung der vakanten vierten Stelle des schulpsychologischen Dienstes
Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, UWG und CDU vom 28.03.2007
Vorlage: 0063/2007

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreistagsabgeordneter Steiner teilt mit, auch die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag.

Beschluss: einstimmig

Die vakante vierte Stelle des schulpsychologischen Dienstes ist umgehend zu besetzen, wenn dies die Bedingung für eine weitere Landesstelle ist.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 12: Anfragen

Punkt 12.1: Kommunaler Radwegebau

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues antwortet auf die Anfrage der Kreistagsabgeordneten Schulte aus der Sitzung des Kreisausschusses am 22.03.2007, von 2002 bis 2006 seien insgesamt 13,5 km Radwege mit Gesamtkosten von rund 1,5 Mio. € kommunal finanziert worden. Eine Aufstellung der einzelnen Maßnahmen werde dem Protokoll beigelegt (**Anlage 1**). Für 2007 sei ein Antrag für Schöppingen zurückgezogen worden, da der Radweg im Rahmen des Baus der Umgehungsstraße durch das Land finanziert werde. Für 2008 habe die Gemeinde Schöppingen einen Antrag für einen Radweg an der K 62 gestellt; hinsichtlich eines Radweges an der K 18 zwischen Ahaus und Vreden sei die Diskussion noch nicht abgeschlossen.

Punkt 12.2: Geschäftsbericht 2006

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt zur Anfrage der Kreistagsabgeordneten Schulte in der Sitzung des Kreisausschusses am 22.03.2007 aus, der Geschäftsbericht 2006 solle zur Sitzung des Kreistages im Juni vorliegen. Für die Erstellung der Jahresrechnung bestehe eine gesetzliche Frist zum 31.03., diese Vorgabe habe aber aufgrund technischer Probleme nicht umgesetzt werden können.

Der Geschäftsbericht gehe über das reine Zahlenwerk der Jahresrechnung hinaus. Die kommunalen Spitzenverbände hätte sich bereits an die Landesregierung gewendet, da der Termin 31.03. im NKF nicht zu realisieren sei.

Punkt 12.3: Eisenbahnverkehrsknotenpunkte im Raum Dorsten

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick antwortet auf die Anfrage des Kreistagsabgeordneten Stilkenbäumer aus der Sitzung des Kreisausschusses am 22.03.2007, der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) suche aufgrund eines Defizits von 30 Mio. € nach Einsparmöglichkeiten. In einem internen Papier des VRR, das später veröffentlicht worden sei, seien verschiedene Vorschläge, u. a. die Schließung der Eisenbahnstrecke Coesfeld-Dorsten, entwickelt worden. Der VRR habe jedoch gerade erst langfristige Verträge über den Bahnbetrieb auf der Strecke geschlossen. Eine Stilllegung sei nur im Einvernehmen mit den Vertragspartnern möglich; dieses Einvernehmen werde vom Zweckverband SPNV nicht erteilt werden.

**Punkt 12.4: Bleiberecht für geduldete Ausländer
Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.03.2007
Vorlage: 0059/2007**

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion wie folgt:

1. *Wie viele der geduldeten Ausländer im Kreis Borken erfüllen die Voraussetzungen des Bleiberechts nach der Einigung in der großen Koalition am 12. März 2007 und bekommen eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe"?*

Zurzeit hielten sich im Kreis Borken ca. 1.500 geduldete Ausländer auf, von denen ca. 700 einen Antrag aufgrund des Bleiberechtsbeschlusses vom 17.11.2006 gestellt hätten. Zwischenzeitlich hätten 18 Personen eine Aufenthaltserlaubnis, 27 Personen eine bis zum 30.09.2007 ausgestellte Duldung erhalten. Der von der Novellierung profitierende Personenkreis sei noch nicht abschließend bestimmbar, da die Neuregelung noch keine Rechtskraft erlangt habe und es noch keine Verwaltungsvorschriften dazu gebe.

2. *Wie sieht eine derartige Aufenthaltserlaubnis aus?*

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Altfallregelung betreffe geduldete Ausländer, die bereits seit sechs Jahren (bei Familien seit vier Jahren) in Deutschland lebten. Eine weitere wesentliche Voraussetzung sei die Integration, v. a. durch das Erlernen der deutschen Sprache und die Sicherstellung des eigenen Lebensunterhaltes. Hierzu gebe es entsprechende Übergangsfristen. Problematisch sei die weitere Voraussetzung, dass der Asylbewerber weder die Behörden über seine Identität getäuscht, noch das Verfahren verschleppt haben dürfe.

3. *Besonders wichtig ist es ja für die Geduldeten, dass sie bis Ende 2009 einem Arbeitsplatz finden. Welche Aufgabe kommt dabei dem Ausländeramt zu? Nach unseren Informationen haben die Ausländer mit der "neuen" Aufenthaltserlaubnis einen gleichrangigen Zugang zu freien Arbeitsplätzen und unterliegen keinerlei Beschränkung. Ist das so zutreffend?*

Der Personenkreis, der eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Altfallregelung erhalten habe, habe freien Zugang zum Arbeitsmarkt.

4. *Das neue Bleiberecht soll am 1. Juli 2007 in Kraft treten. Was bedeutet das für die geduldeten Menschen? Können sie bis dahin noch abgeschoben werden? Wie viele Abschiebungen Geduldeter stehen noch an?*

In jedem Einzelfall werde vor einer Abschiebung geprüft, ob die betroffenen Personen unter die Bleiberechtsregelung fallen. Sobald Zweifel vorlägen, werde auf eine Abschiebung bis zum Inkrafttreten der Regelung verzichtet.

5. *Es gibt Befürchtungen, dass das neue Bleiberecht das Problem der Kettenduldungen nicht lösen wird. Sieht die Kreisverwaltung dies auch so?*

Inwieweit das Problem der Kettenduldungen auch unter dem neuen Bleiberecht noch auftrete, könne derzeit noch nicht beantwortet werden.

Punkt 12.5: Klagen gegen Arbeitslosengeld II Bescheide
Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.03.2007
Vorlage: 0061/2007

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt zu der Anfrage der SPD-Fraktion aus, es seien – ohne die Städte Bocholt und Borken – bislang 232 Klagen erhoben und Eilverfahren angestrengt worden. In 36 Fällen sei im laufenden Klageverfahren eine Einigung erzielt worden, in 18 Fällen sei der Kreis Borken unterlegen. Davon habe die Kreisverwaltung in 3 Fällen Rechtsmittel gegen die Urteile eingelegt. In einem Fall sei die Kreisverwaltung erneut unterlegen. Insgesamt sei die Zahl der Klagen im Kreis Borken gestiegen. Bei gleichgelagerten Fällen werde die Entscheidungspraxis der Rechtsprechung angepasst, wenn nicht eine grundsätzliche Klärung durch obergerichtliche Rechtsprechung vorliege oder angestrebt werde. Seit 2005 seien 1.164 Widersprüche zur Entscheidung vorgelegt worden, wovon 12 Verfahren den Mehrbedarf für Alleinerziehende betroffen hätten. Seit Einführung des SGB II seien die Sozialgerichte für die entsprechenden Klagen zuständig. Die bislang gefestigte Verwaltungsgerichtsrechtsprechung zum BSHG werde von den Sozialgerichten teilweise nicht angewendet.

Punkt 12.6: Impfschutzberatung im Kreis Borken

Kreistagsabgeordnete Seidensticker-Beining erkundigt sich nach der Gebührenpflicht für Impfschutzberatungen. Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt eine Beantwortung der Frage mit dem Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

*Die **Impfberatung über öffentlich empfohlene Impfungen** gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Gesundheitsamtes (§9 Abs. 2 ÖGDG). Sie wird kostenlos durchgeführt.*

*Dagegen gehört die **reisemedizinische Beratung** nicht zu den Pflichtaufgaben des Gesundheitsamtes. Diese Beratung wird wegen des großen Bedarfs als gebührenpflichtige Beratung angeboten. Dabei wird ein Ratsuchender vor der Beratung darauf aufmerksam gemacht, dass die telefonische und schriftliche **Kurzberatung** über Impfvorschriften, Impfeempfehlungen und Malariaprophylaxe 17 € und die **ausführliche Beratung** über Impfvorschriften, Impfeempfehlungen, Malariaprophylaxe, Reiseapotheke, Verhaltensempfehlungen, besondere Gesundheitsrisiken, allgemeine Hinweise zu Flugtauglichkeit, Beachtenswertes bei Vorerkrankungen etc., spezielle Hinweise für berufliche Reisen, Langzeitaufenthalte, Reisen mit besonderen Risiken (z.B. Trekkingtouren, Bergbesteigungen etc.), für einige besondere Krankheitsbilder (z.B. Diabetes, MS etc.), aber auch für besonders gefährdete*

Gruppen wie z.B. Kinder, Schwangere und stillende Mütter, Senioren, 34 € kostet. Sofern der Ratsuchende lediglich wissen möchte, ob für sein Reiseland beispielsweise eine Cholera-Impfung erforderlich ist, werden keine Gebühren erhoben.

Punkt 12.7: Termin Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsreform

Landrat Gerd Wiesmann antwortet auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn, der Termin für die nächste Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsreform stehe noch nicht fest, werde aber rechtzeitig vorher bekannt gegeben.

Ende des öffentlichen Teils

Landrat Gerd Wiesmann schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Gerd Wiesmann

Burkhard Venhues